Stand: 09.11.2025 18:47:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/266

"Kinderbetreuung in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/266 vom 10.12.2013
- 2. Plenarprotokoll Nr. 8 vom 11.12.2013
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/732 des BI vom 06.02.2014
- 4. Beschluss des Plenums 17/831 vom 25.02.2014
- 5. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 25.02.2014



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.12.2013 Drucksache 17/266

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kinderbetreuung in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für alle Schul- und Kindergartenkinder in den Erstaufnahmeeinrichtungen ein adäquates Bildungsangebot sowie Betreuung bereitzustellen. Schulkinder sollen von Anfang an durch Unterrichtsangebote von qualifizierten Lehrkräften vor Ort intensiv und zielgerichtet auf den künftigen Schulbesuch in den Kommunen gut vorbereitet werden. Die betreffenden abgebenden Schulen erhalten dazu von den Schulämtern zusätzliches Personal.

Begründung:

In den Erstaufnahmeeinrichtungen sind auch viele Kinder für eine Zeit von vier bis zu zwölf Wochen untergebracht. Für die Familien gibt es keine geeigneten Rückzugsräume, die Kinder spielen meist in den Gängen oder im Freien. In der Situation in den Aufnahmeeinrichtungen kommen die kindlichen Bedürfnisse zu kurz.

Das von Wohlfahrtsträgern geschaffene Angebot in der Erstaufnahmeeinrichtung Zirndorf wird von den Kindern sehr gerne angenommen, leider beschränkt es sich auf nur zwei Stunden Kinderbetreuung pro Tag. Eine Ausweitung des Angebots scheitert an der Finanzierung, da hierfür keine Zuschüsse nach dem BayKiBiG gegeben werden. Ein Angebot für Schulkinder fehlt ganz, dabei wäre es sinnvoll, gleich hier erste Sprachkenntnisse zu vermitteln, und gleichzeitig auch eine erste Empfehlung vorzunehmen, welches Schulangebot, welche Klasse und welche Schulart für den weiteren Bildungsweg geeignet sein könnte.

Eine Ausweitung des Kindertagesstättenangebots wie auch ein erstes Schulangebot für die teilweise hochmotivierten und wissbegierigen Kinder würde diesen nicht nur helfen, ihre Zeit in der Erstaufnahme besser zu verkraften und erlebtes besser verarbeiten zu können, es erleichterte den Kindern auch den Start in die Schule nach Verteilung der Kinder in die dezentralen Unterkünfte und Wohnungen.

war 2006. Und was haben Sie erreicht? Überhaupt nichts. Aber heute kritisieren Sie die Telekom. Es ist doch lächerlich, wie Sie sich hier hinstellen. Ein Wort zu Herrn Minister Söder. Die Signale habe ich gehört. Das war genau richtig, das haben wir ja seit Langem gefordert. Genau das, was Sie heute ankündigen – ich sage erst einmal "ankündigen"; wir werden genau verfolgen, wie es weitergeht -, haben wir seit Langem gefordert, und das unterstütze ich auch.

Aber Sie müssen auch zugeben, dass Ihre Ankündigungen eine Ohrfeige für die bisherige Politik sind. Wenn man jetzt sagt, man will das nicht dem Markt überlassen, ist das eine Ohrfeige für Herrn Huber. So schaut es aus. Herr Söder, wenn Sie heute sagen, das Verfahren war nicht in Ordnung und wir müssen es korrigieren, dann greifen Sie genau das auf, was wir seit Jahren fordern. Wir sagen zum Beispiel: Die ländlichen Räume sind unterschiedlich. In der Gemeinde, von der ich vorhin gesprochen habe - das ist Pottenstein, eine Gemeinde mit vielen Außenregionen -, wird gesagt: 500.000 Euro sind uns zu wenig. Wir brauchen mindestens 2,5 Millionen, damit wir Gerechtigkeit schaffen können. Natürlich beschweren sich die Orte, wenn der eine die Förderkriterien erfüllt und drankommt, der andere aber nicht. - Genau das haben wir kritisiert, und heute sagen Sie es. Ihre Aussage ist auch eine Kritik an dem, was bisher gelaufen ist. Das wollen wir einmal festhalten. Deshalb hoffen wir, wie ich schon angekündigt habe, dass wir gemeinsam etwas auf den Weg bringen. Herr Huber verkauft die anderen für dumm und stellt sich selber mehr oder weniger so dar, als habe er alles gewusst, aber die Fehler hätten andere gemacht. Wir sind bereit, wenn es um Bayern geht, wenn es um neue Technologien geht, gemeinsame Arbeit zu machen, aber nicht auf diese Art. - Danke schön.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister Dr. Söder hat ums Wort gebeten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt kommt die Rettungsmaßnahme für die CSU!)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Ich hätte nicht gedacht, dass ich vor Weihnachten noch einmal Erwin Huber verteidigen darf.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wenn der Erwin die richtige Richtung hat, ist er ein hervorragender - - - Wenn er weiß, wen er angreift, ist es hervorragend. - Jetzt nach den letzten Wortmeldungen muss ich schon noch etwas sagen, meine Damen und Herren; denn das ärgert mich wirklich. So zu tun, als wäre in Bayern - - Es ist seit zwei, drei Jahren immer dasselbe Muster. - Jetzt hören Sie zu. - Immer kommt das Geschrei von dieser Seite, Bayern

sei chaotisch, Bayern sei am Ende. Dann wird regelmäßig wie vorhin von Herrn Wengert gesagt, Bayern habe die rote Laterne. Meine Damen und Herren, die Farbe Rot hat in Bayern keine Zukunft, wenn ich das einmal sagen darf. Hören Sie endlich damit auf, immer alles schlechtzureden. - Sie reden schlecht und dann zu laut. - Wenn Sie sich wirklich ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen wollen, dann reden Sie mit den kommunalen Spitzenverbänden, dann reden Sie mit den Kommunen. Dann werden Sie erfahren, dass der Weg, den wir jetzt einschlagen, einer der besten Wege ist, die wir in Deutschland haben.

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, ich muss es immer wieder sagen: Zwischenrufe ja, aber nicht permanent.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Zwischenruf ja, aber Zwischenchor nein. - Was Erwin Huber gesagt hat, ist auch von der Diktion her richtig. Wenn Sie immer sagen, wir hätten keine Ahnung vom Land, dann kann ich nur eines sagen: Die Menschen in Bayern, gerade in den ländlichen Räumen, vertrauen der CSU, vertrauen der Staatsregierung. Warum? Weil wir im Vergleich zu allen anderen ländlichen Räumen in Deutschland die beste Struktur haben. Bayern ist das stärkste Land, Bayern bleibt das stärkste Land. Dafür werden wir gemeinsam sorgen. So schaut's aus.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): "Vorstufe zum Paradies" hat er vergessen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/265 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge Drucksachen 17/266 bis 17/271 bis 17/279 und 17/280 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Weikert, Rauscher und andere und Fraktion (SPD) "Kältetod verhindern – Schnelle Hilfe für Wohnungslose", Drucksache 17/264, bekannt geben. Mit Ja haben 74 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 89.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

06.02.2014 Drucksache 17/732

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/266

Kinderbetreuung in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sicherstellen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

"Die Staatsregierung wird aufgefordert über Folgendes zeitnah zu berichten:

- Wie sieht die derzeitige Bildungs- und Betreuungssituation von begleiteten Kindern und Jugendlichen in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen aus (personell und räumlich)?
- Welche Kosten entstehen für eine tägliche Halbtagsbetreuung, die eine zweistündige Sprachbeschulung beinhaltet, für begleitete Schulkinder und Jugendliche durch qualifiziertes Personal?"

Berichterstatterin: Gisela Sengl
Mitberichterstatterin: Carolina Trautner

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 5. Sitzung am
 Januar 2014 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

- Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 11. Sitzung am 4. Februar 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
- Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 7. Sitzung am 6. Februar 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Martin Güll Vorsitzender

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.02.2014 Drucksache 17/831

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/266, 17/732

Kinderbetreuung in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sicherstellen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über Folgendes zeitnah zu berichten:

- 1. Wie sieht die derzeitige Bildungs- und Betreuungssituation von begleiteten Kindern und Jugendlichen in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen aus (personell und räumlich)?
- 2. Welche Kosten entstehen für eine tägliche Halbtagsbetreuung, die eine zweistündige Sprachbeschulung beinhaltet, für begleitete Schulkinder und Jugendliche durch qualifiziertes Personal?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Protokollauszug 12. Plenum, 25.02.2014

1

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstim-

mungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist,

den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, des

BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Ich

sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, möchte ich Ihnen das Abstim-

mungsergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten

Rinderspacher, Halbleib, Aures und anderer und Fraktion (SPD) zur Durchsetzung

eines Mindestlohns und zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestlohn bei öffent-

lichen Auftragsvergaben in Bayern, Drucksache 17/58, bekannt geben. Mit Ja haben

52 gestimmt, mit Nein haben 94 gestimmt, und es gab 13 Stimmenthaltungen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 16. Januar 2014 (VF. 5-VII-14) betreffend

Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans "Weitnau-Hellengerst – Ettensberger Weg" des Marktes Weitnau vom 25. Oktober 2013

PII/G-1310.14-0005 Drs. 17/782 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 16. Januar 2014 (VF. 4-VII-14) betreffend

Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit

- 1. des § 4a Abs. 3, § 5 Abs. 3 und 4, § 9a Abs. 5, 6 und 8 Satz 4, § 10a Abs. 3 und 5 sowie des § 27 Abs. 2 Satz 2 des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag GlüStV) vom 30. Juni 2012 (GVBI S. 318, 319, BayRS 2187-4-I),
- des Art. 7 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (AGGlüStV) vom 20. Dezember 2007 (GVBI S. 922, BayRS 2187-3-I), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 25. Juni 2012 (GVBI S. 270),
- 3. der Werberichtlinie vom 17. Januar 2013 (AIIMBI S. 3)

PII/G-1310.14-004 Drs. 17/783 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	团	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Münchner Kunstfund Drs. 17/65, 17/694 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias,
Martina Fehlner u.a. SPD
Pläne für ein Wissenschaftszentrum auf dem Quelle-Gelände darlegen
Drs. 17/109, 17/725 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Hochschulnutzung des ehemaligen Quelle-Versandzentrums Drs. 17/115, 17/695 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Kommunalfreundliche Änderung des BlmA-Gesetzes und weiterer Rechtsvorschriften für frei werdende militärische Liegenschaften Drs. 17/143, 17/665 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

7.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zur Transatlantic Trade und Investment Partnership (TTIP) Drs. 17/146, 17/759 (E)				
	Votum des federführe Wirtschaft und Medier		r nd Verkehr, Energie ur	nd Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
8.	Klaus Adelt u.a. SPD	iglisten bei Bewerbun	aul Gantzer, Dr. Paul V	Vengert,	
		enden Ausschusses fü	ìr		
	Fragen des öffentlich CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
9.	Dr. Christian Magerl	Fauna-Flora-Habitat	NDNIS 90/DIE GRÜNE	EN)	
		enden Ausschusses fü	ìr		
	Umwelt und Verbraud	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
10.	Dr. Hans Jürgen Fah	n u.a. und Fraktion (F peitnehmerfreizügigke ı	oert Aiwanger, Florian i REIE WÄHLER) it der Länder Bulgarien		
		enden Ausschusses fü angelegenheiten sowi SPD	ir e regionale Beziehung FREIE WÄHLER	en GRÜ	

11.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kein Anbau von gentechnisch verändertem Mais "1507" in Bayern! Drs. 17/171, 17/655 (E)			
	Votum des federführe Umwelt und Verbraud CSU		ür FREIE WÄHLER	GRÜ
12.	Inge Aures u.a. und F Stabilität des Handwe	raktion (SPD) erks und Funktionsfäl trächtigungen durch	rkus Rinderspacher, Ai nigkeit des dualen Aust Maßnahmen des europ	oildungssystems
	Votum des federführe Wirtschaft und Medier CSU		ür und Verkehr, Energie u FREIE WÄHLER	nd Technologie GRÜ
13.	Hans-Ulrich Pfaffman Bewertung der EU-Mi	n u.a. und Fraktion (\$ tgliedschaft Bulgarie daraus resultierende	rkus Rinderspacher, Di SPD) ns und Rumäniens für I e Aufgaben für die Polit	Bayern zum Ende der
	Votum des federführe Bundes- und Europaa CSU		ür ie regionale Beziehung FREIE WÄHLER	en GRÜ
14.	Ulrike Müller u.a. und	Fraktion (FREIE WÄ ablehnen – Beitritt z	bert Aiwanger, Florian : .HLER) um "Europäischen Netz	
	Votum des federführe Umwelt und Verbraud CSU		ür FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

Anlage 3
zur 12. Vollsitzung am 25. Februar 2014

15.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Keine Anbaugenehmigung der gentechnisch veränderten Maissorte "1507" in Bayern - Agrogentechnik hat auf unseren bayerischen Fluren keinen Platz! Drs. 17/186, 17/653 (A)			
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch CSU	nerschutz	r FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
16.	Dringlichkeitsantrag de Thorsten Glauber u.a. Meisterpflicht schützer Drs. 17/187, 17/761 (E	und Fraktion (FREIE า – duale Berufsausb		Streibl,
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien CSU		r nd Verkehr, Energie un FREIE WÄHLER	nd Technologie GRÜ
17.	Antrag des Abgeordne Standortvergabe für da Drs. 17/255, 17/762 (E	as Beschussamt Süd		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien CSU		r nd Verkehr, Energie un FREIE WÄHLER	nd Technologie GRÜ
			团	
18.	Antrag der Abgeordne Verena Osgyan u.a. u Promotionsrecht für He Drs. 17/256, 17/696 (A	nd Fraktion (BÜNDNI ochschulen für angev	e, Ludwig Hartmann, S 90/DIE GRÜNEN) vandte Wissenschaften	ı - Fachhochschulen
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun CSU		r FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	

Anlage 3
zur 12. Vollsitzung am 25. Februar 2014

19.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kinderbetreuung in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sicherstellen Drs. 17/266, 17/732 (E)				
	Votum des federführe Bildung und Kultus	nden Ausschusses f	ür		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		Z			
20.	Dringlichkeitsantrag d Peter Meyer u.a. und Ansprüche wegen Alt Drs. 17/268, 17/765 (A	Fraktion (FREIE WÄ ersdiskriminierung ko	bert Aiwanger, Florian 9 HLER) ompensieren!	Streibl,	
	Votum des federführe		ür		
	Fragen des öffentliche CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
21.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Militärforschung an Bayerns Universitäten: Transparenz herstellen – Verantwortung der Hochschulen fördern Drs. 17/269, 17/697 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für				
	Wissenschaft und Kui	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	ENTH	A		
22.	Antrag der Abgeordne Georg Rosenthal u.a. Bericht zum Bedarf ar Drs. 17/326, 17/698 (I	SPD n Masterstudienplätze			
	Votum des federführe Wissenschaft und Kur CSU		ür FREIE WÄHLER 🛮	GRÜ ☑	

23.	Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Klaus Adelt u.a. SPD Quelle-Gebäude nutzen, Machbarkeitsstudie unterstützen! Drs. 17/327, 17/699 (A)				
	Votum des federführe Wissenschaft und Kur CSU		ür FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A		
24.	 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion (SPD) Zehn Jahre Osterweiterung der Europäischen Union und EU-Mitgliedschaft Tschechiens aus bayerischer Sicht – Konsequenzen für die Politik Drs. 17/328, 17/738 (E) 				
	Votum des federführe Bundes- und Europaa CSU		ür ie regionale Beziehung FREIE WÄHLER	en GRÜ	
				Z	
25.	. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Bericht zur Krankenhausplanung in Bayern Drs. 17/329, 17/667 (E) Votum des federführenden Ausschusses für				
	Gesundheit und Pfleg CSU	e SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z	Z		Z	
26.	Antrag der Abgeordne Dr. Simone Strohmay Bericht zu den Übung Drs. 17/371, 17/621 (B	r u.a. SPD sklausuren zum Abit			
	Votum des federführe Bildung und Kultus				
	CSU	SPD _	FREIE WÄHLER	GRÜ _	
				Z	

27.	Antrag der Abgeordneten Hubert Alwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über die bayernweiten Ergebnisse der länderübergreifenden Mathematik-Probeklausur Drs. 17/379, 17/619 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
28.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Die richtigen Konsequenzen aus den Ergebnissen der Übungsklausuren für das länderübergreifende Abitur – Fach Mathematik – ziehen! Drs. 17/380, 17/618 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
29.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Noten der Übungsklausuren für das länderübergreifende Abitur – Fach Mathematik – auf Wunsch streichen Drs. 17/381, 17/617 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für				
	Bildung und Kultus CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
30.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "No Spy" – und europäisches Anti-Spionageabkommen Drs. 17/391, 17/649 (A)				
	Votum des federführer Kommunale Fragen, II CSU			GRÜ	
	A			Z	

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag zur Zukunft des Nürnberger Hochschulstandorts "Auf AEG" Drs. 17/393, 17/700 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	团	Z

32. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD

Baverische Interessen schützen – Bewertung des Verhandlungsmandats der EU-Kommission zur TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und des Final Reports der United States-European Union High Level Working Group on Jobs and Growth (HLWG) in Bezug auf die öffentliche Versorgung Drs. 17/397, 17/739 [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD

Bayerische Interessen schützen – Aktueller Stand der Verhandlungen und Ablauf weiterer Verhandlungsrunden zu TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) Drs. 17/398, 17/740 [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD

Bayerische Interessen schützen – Initiativen zum Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge im Rahmen der TTIP-Verhandlungen (Transatlantic Trade and Investment Partnership)

Drs. 17/399, 17/741 [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

35.	Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Bayerische Interessen schützen – Hände weg von der öffentlichen Daseinsvorsorge und zentralen Schutzstandards bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkomm EU/USA (TTIP) Drs. 17/400, 17/742 (E)					
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ					
36.	Volker Bauer u.a. CSU	der Rangliste München bei Bewerbungen zum Polizeidienst				
	Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
37.	 Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel, Alexander Flierl u.a. CSU Unterstützung der Kommunen beim Erwerb von Konversionsliegenschaften Drs. 17/411, 17/664 (E) 					
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir CSU			GRÜ		
38.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Evaluierung der Lehrerbedarfsprognosen des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst Drs. 17/414, 17/731 (E)					
	Votum des federführenden Ausschusses für					
	Bildung und Kultus CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		

 Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer, Volker Bauer u.a. CSU Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern! Drs. 17/423, 17/652 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Bayern Digital – 100 Tage-Check – Folgen der Verlagerung der "Digitalisierung" vom Wirtschaftsministerium ins Finanzministerium Drs. 17/426, 17/625

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

41. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Hausarztverträge ohne Honorarobergrenze Drs. 17/611, 17/744

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Budgethoheit erhalten – keine zwangsweise Einführung europäischer Buchführungs- und Bilanzierungsstandards (EPSAS)
 Drs. 17/676, 17/753

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

der den Antrag für erledigt erklärt hat